

Einstimmig beschlossene Resolution vom bundesweiten Treffen des *Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ver.di* am 10. Oktober 2009 in Kassel

Widerstand gegen schwarz-gelb und kapitalistische Krise

Für einen grundlegenden Kurswechsel der Gewerkschaften!

Inmitten der tiefen kapitalistischen Krise und vor dem Hintergrund einer schwarz-gelben Regierung steht eine Welle von Stellenabbau, Entlassungen, weiteren Arbeitsverdichtungen und Lohnkürzungen in der privaten Industrie und im öffentlichen Dienst bevor. Auch wenn die schwarz-gelbe Koalition noch vor der Bekanntgabe großer Einschnitte zurückschreckt, sind harte Angriffe zu erwarten: weitere Flexibilisierung der Arbeit, Aufweichung des Kündigungsschutzes, der Absenkung der Sozialabgaben bis hin zu einer weiteren drastischen Anhebung der Mehrwertsteuer, bei gleichzeitigen Steuererleichterungen für die Unternehmer und Reichen. Das heißt, eine weitere massive Umverteilung von unten nach oben wird vor dem Hintergrund der Krise stattfinden.

Massive Einbrüche bei den Einnahmen der Kommunen sind schon jetzt angekündigt: bis zu 40 Prozent weniger Gewerbesteuererinnahmen. Das heißt für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst: mit dem Argument der leeren Kassen werden sowohl die Löhne weiter angegriffen werden, als auch Stellenabbau und Privatisierungen forciert werden.

Die Gewerkschaftsbewegung steht vor einer neuen Herausforderung. Mit der gewerkschaftlichen Strategie der Sozialpartnerschaft, der Unterstützung der Sanierung der Haushaltskassen auf Kosten der Beschäftigten und arbeitenden Bevölkerung, landen wir bei der Akzeptanz von drastischem Lohnverzicht, Armutslöhnen, Stellenabbau, Entlassungen und massivem Abbau von Arbeitnehmerrechten. Das bedeutet weitere Verarmung und Massenarbeitslosigkeit. Es würde auch eine weitere Schwächung der Gewerkschaften bedeuten. Schon jetzt haben viele KollegInnen die Gewerkschaften aus Frust verlassen. Ein „weiter so“ darf es nicht geben! Es ist dringend notwendig, eine inhaltliche und personelle Alternative zur jetzigen Gewerkschaftspolitik und -führung aufzubauen. Dafür ist es notwendig, eine starke innergewerkschaftliche Opposition aus den Betrieben und von der Basis heraus zu bilden. Wir brauchen mehr Aktivität von KollegInnen in den Betrieben. KollegInnen sind aufgefordert, sich mit weiteren an einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik interessierten KollegInnen in ihren Bereichen zusammen zu tun, vor Ort Initiativen und Kampfstritte zu ergreifen, sich bundesweit zu vernetzen, und sich für einen grundlegenden Kurswechsel der Gewerkschaften einzusetzen. Kernforderungen für einen Kurswechsel sind:

1. Die Leitlinie der Politik der Gewerkschaften muss heißen: wir bezahlen nicht für die kapitalistische Krise. Die Forderungen von Unternehmern und Regierung müssen mit offensiven Gegenforderungen der Gewerkschaften konfrontiert werden: Statt Armut in Hartz IV: soziale Mindestsicherung von der man/frau leben kann. Statt Arbeitslosigkeit; unmittelbarer Kampf um die 35 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich im öffentlichen Dienst, als erster Schritt hin zur 30-Stunden-Woche; Rente ab 60 bei voller Rente statt Lebensarbeitszeitverlängerung und Altersarmut, Statt Armutslöhnen: Mindestlohn von 12 Euro, Reverstaatlichung der privatisierten Betriebe statt weiterer Privatisierungen. Ein staatliches Beschäftigungsprogramm zur Schaffung von gesellschaftlich sinnvollen Arbeitsplätzen in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung, Umwelt und öffentlichen Verkehr.

2. Offensive Tarifpolitik. Die Politik von Lohnverzicht und Zugeständnissen an die Arbeitgeber muss gestoppt werden. Tarifrunden müssen genutzt werden um mit offensiven demokratisch beschlossenen Forderungen und einer entschlossenen Kampfstrategie Erfolge zu erzielen. Verschiedenen Tarifrunden von ver.di und anderen Gewerkschaften müssen für einen gemeinsamen Kampf und eine schlagkräftige Streikbewegung genutzt werden.
3. Vorbereitung eines eintägigen Generalstreiks, als ersten Schritt zu einer breiten Streik- und Protestbewegung gegen den kommenden Generalanriff von Unternehmern und Regierung
4. Innergewerkschaftliche Demokratie herstellen. Es darf nicht sein, dass abgehobene Spitzenfunktionäre die Politik der Gewerkschaften bestimmen. Auf allen Ebenen müssen offene demokratische Diskussionen stattfinden. Bei Tarifauseinandersetzungen müssen die Mitglieder zu jedem Zeitpunkt über den Verhandlungsstand informiert werden und in die Lage versetzt werden, über die nächsten Arbeitskampschritte zu diskutieren und entscheiden. Kein Streik darf abgebrochen werden, ohne dass die Mehrheit der betroffenen Mitglieder einem Abschluss zustimmt. Funktionäre müssen von der Basis gewählt und jederzeit abwählbar sein. Hauptamtliche Funktionäre dürfen nur das durchschnittliche Einkommen der Gewerkschaftsmitglieder verdienen.
5. Die Systemfrage stellen und diskutieren. Wir brauchen in den Gewerkschaften eine Debatte über eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als Alternative zum kapitalistischen System. Profitsystem, Konkurrenzkampf und Produktion für einen unbestimmten Markt produzieren Anarchie, Armut, Elend, Unsicherheit und Angst. Wir brauchen eine Gesellschaft, in der die Ressourcen und der Reichtum nach den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt und verteilt werden.